



Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend. Abonnementpreis durch die Post zgl. Bestellschuld vierteljährlich 1,20 Mk. Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeiger Straße 32, IV., Volkshaus
Telefonnummer 7505.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 50 Pfg. für die einseitige Zeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen. „Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 46. **Sonnabend, den 16. November 1918.** 22. Jahrgang.

An das deutsche Volk!

Die aus der Revolution hervorgegangene Regierung, deren politische Leistung rein sozialistisch ist, setzt sich die Aufgabe, das sozialistische Programm zu verwirklichen. Sie verkündet schon jetzt mit Befestigung folgendes:

1. Der Belagerungsstand wird aufgehoben.
2. Das Vereins- und Versammlungsrecht unterliegt keiner Beschränkung, auch nicht für Beamte und Staatsarbeiter.
3. Eine Zensur findet nicht statt. Die Theaterzensur wird aufgehoben.
4. Meinungsäußerungen in Wort und Schrift sind frei.
5. Die Freiheit der Religionsausübung wird gewährleistet. Niemand darf zu einer religiösen Handlung gezwungen werden.
6. Für alle politischen Straftaten wird Amnestie gewährt. Die wegen solcher Straftaten anhängigen Verfahren werden niedergeschlagen.
7. Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst wird aufgehoben, mit Ausnahme der sich auf die Schlichtung von Streitigkeiten beziehenden Bestimmungen.
8. Die Gewerbeordnung wird außer Kraft gesetzt, ebenso das Ausnahmegesetz gegen die Landarbeiter.
9. Die bei Beginn des Krieges aufgehobenen Arbeiterlohnbestimmungen werden hiermit wieder in Kraft gesetzt.

Weitere sozialpolitische Verordnungen werden binnen kurzem veröffentlicht werden. Spätestens am 1. Januar 1919 wird der achtstündige Maximalarbeitsstag in Kraft treten. Die Regierung wird alles tun, um für ausreichende Arbeitsgelegenheit zu sorgen. Eine Verordnung über die Unterstützung der Erwerbslosen ist fertiggestellt. Sie verteilt die Kosten auf Reich, Staat und Gemeinde.

Auf dem Gebiete der Krankenversicherung wird die Versicherungspflicht über die bisherige Grenze von 2500 Mark ausgedehnt werden.

Die Wohnungsnot wird durch Bereitstellung von Wohnungen bekämpft werden.

Auf die Sicherung einer geregelten Volksernährung wird hingearbeitet werden. Die Regierung wird die geordnete Produktion aufrechterhalten, das Eigentum gegen Eingriffe Privater sowie die Freiheit und Sicherheit der Person schützen.

Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen geheimen direkten und allgemeinen Wahlrecht auf Grund des Proporzwahlrechts für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen.

Auch die konstituierende Versammlung, über die nähere Bestimmungen noch erfolgen werden, gilt dieses Wahlrecht.

Berlin, 12. November 1918.

Ebert, Haase, Scheidemann, Landsberg, Dittmann, Barth.

An die deutsche Landbevölkerung!

Die neue deutsche Reichsregierung ruft hiermit alle Schichten der ländlichen Bevölkerung ohne Unterschied der Parteifarbung zu gemeinsamer freiwilliger Bildung von Bauernräten auf, um die Volksernährung, die Ruhe und Ordnung auf dem Lande, sowie die ungehinderte Fortführung der ländlichen Betriebe sicherzustellen. Die Reichsregierung hat den Wunsch, die staatlichen Eingriffe zur Sicherung der Volksernährung auf das absolut Notwendige zu beschränken, in der Erkenntnis, daß Freiwilligkeit und Selbstverantwortung schneller und besser zum Ziele führen, als heute die bürokratische Organisation. Je mehr die ländliche Bevölkerung durch freiwillige selbstorganisierte Orts- und Gemeindegewerkschaften dazu beiträgt, daß schnell und fortlaufend die erforderlichen Lebensmittel zur Sicherung der Volksernährung bereit gestellt werden, je weniger Arbeit zu zwangsvollen Eingriffen kommen. Die ländliche Bevölkerung hat es also selber in der Hand, diese auf das Mindestmaß zu beschränken. Die ländliche Bevölkerung kann verhindern, daß sie die Reichsregierung nachdrücklich zwingt, sich vor aller willkürlichen Eingriffen in ihre Eigentums- und Produktionsverhältnisse zu hüten.

Wenn der Hunger niemanden aus der Stadt auf das Land treibt und die von der Front zurückkehrenden Soldatenmassen regelrecht verpflegt werden können, wird es solcher Schutzmaßnahmen gar nicht bedürfen. Deshalb ist die freiwillige Elektion der erforderlichen Lebensmittelmengen das höchste Schutzmittel vor Störungen. Die Ruhe und Ordnung auf dem Lande garantiert auch am besten den ungehinderten Fortgang der ländlichen Betriebe. Dieser Zusammenhang möge die ländliche Bevölkerung sich bewußt sein und alles tun, was in ihren Kräften steht, das deutsche Volk in dieser schweren Zeit vor dem Verhungern zu schützen.

Niemand wird unbilliges von ihr verlangen und sie verantwortlich machen, wenn Transportschwierigkeiten oder andere Umstände Störungen in der Versorgung der Bevölkerung verursachen. Aber im eigenen Interesse und in dem der Volksgemeinschaft muß die Landbevölkerung sich ohne jeden Verzug die freiwillige Organisation von Bauernräten in die Hand nehmen. Erfreulicherweise haben die berufenen Organisations der deutschen Landwirtschaft sich bereits mit einem solchen Vorschlag an die landwirtschaftlichen Körperschaften Deutschlands gewandt und sich mit der neuen Reichsregierung darüber verständigt. Jetzt gilt es, schnell zu handeln, jede Passivität auszuschalten und in freiwilliger gemeinsamer Zusammenarbeit der Bauernräte auf dem Lande mit dem Kriegsernährungsausschuss und den Arbeiter- und Soldatenräten in den Städten alle Gefahren abzuwenden, die eine akute Hungersnot über den Einzelnen und über die Volksgemeinschaft heraufbeschwören müssen.

Bauern, Landarbeiter, Handwerker und Gewerbetreibende auf dem Lande! Bildet unverzüglich Bauernräte!

Berlin, den 12. November 1918.

Der Rat der Volksbeauftragten.
Ebert, Haase, Landsberg, Scheidemann, Barth, Dittmann.

Die neue Zeit!

Die Machthaber des alten Deutschland haben zu spät gemerkt, daß ihre Stunde geschlagen. Die Mahnungen der Sozialdemokratie, rechtzeitig abzutreten, rechtzeitig die Forderungen des Volkes zu erfüllen, die sich als Folgen des schrecklichen Blutbades unabwendbar zeigten, schlugen sie in den Wind. Nun schlagen die Flammen über ihnen zusammen. Die ganze reaktionäre Herrlichkeit ist bereits zusammengebrochen.

Zum Glück merken die meisten der Blinden wenigstens in letzter Stunde, worum es geht und ersparen sich und dem Lande die blutigen Opfer, die in einigen Nachbarstaaten mit der Umwälzung verbunden sind.

Sonnabends noch kam die Meldung, daß der Kaiser abgedankt habe, der Kronprinz auf den Thron verzichtet. Damit ist der Weg zur sozialistischen Republik im Reiche frei.

Die Ereignisse überstürzen sich, kaum war die Abdankung des Kaisers bekannt, wurde dem deutschen Volke die Kunde, daß der sozialdemokratische Parteiführer Fritz Ebert zum Reichskanzler ernannt wurde. Vor 4 Jahren noch konnte kein Schuhmann Sozialdemokrat sein, heute leitet der bekannte sozialistische Führer das Deutsche Reich.

Im Augenblick ist fast ganz Nordwest- und Mitteldeutschland in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte, während diese Entwicklung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet erst in den Anfängen zu sein scheint. Besonders tiefgreifende Wirkungen sind in München und in Braunschweig eingetreten. Dort hat sich ein vollständiger politischer Umbruch vollzogen. In Braunschweig entsandte der Arbeiter- und Soldatenrat eine Deputation zum Herzog und legte ihm eine Abdankungsurkunde vor. Der Herzog zögerte nicht, sie zu unterzeichnen.

In München rissen Arbeiter und Soldaten in einer einzigen Nacht die ganze politische Macht an sich, erklärten Bayern zur Volksrepublik, setzten den König und die Dynastie ab und bildeten sofort eine neue Regierung, an deren Spitze Kurt Eisner trat und die in der Mehrheit aus Sozialdemokraten und einigen Liberalen gebildet wird. Der frühere Verkehrsminister v. Frauendorfer schloß sich der neuen Regierung an. Die Justiz ist dem Gewerkschaftsführer Genossen Johannes Limmer übertragen, die Finanzen übernahm der Universitätsprofessor Edgar Jaffe. Maschinenmeister Unterleitner, der mit Eisner zusammen seit den Dezember-Unruhen im Gefängnis saß, wurde Minister für soziale Fürsorge, der Arbeiter und Soldat Steiner Polizeipräsident.

Mit gewaltigen Schlägen hämmert inzwischen die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und mit ihr die bekehrte Mehrheit am Bau des neuen Deutschland. Unwiderrufliche Fortschritte sind angebahnt: Die Frauen Deutschlands, die des Krieges Last mit getragen, sie erhalten über Nacht, wonach sie Jahrzehnte gerungen: das Wahlrecht im Reich und in allen Bundesstaaten. Allgemein, gleich, geheim und unmittelbar werden fortan die Staatsbürger beiderlei Geschlechts in allen Bundesstaaten ihre Vertreter in die Gesetzgebung wählen. Preußens Reaktionsminister mußten gehen, ein parlamentarisches Ministerium mit zwei Sozialdemokraten tritt an die Spitze des neben Mecklenburg rückständigsten Bundesstaates.

Was uns besonders niederdrückend stimmt, sind die unerhörte scharfen Waffenstillstandsbedingungen. Von einer Humanität merken wir da nichts. Aber wir können diese Dinge nicht ändern.

Eine neue Zeit bricht an. Sie wird und kann noch keine allmähliche sein, dazu sind der Wunden zu viele, die der Krieg hinterläßt. Aber auf neuem Grund wird eine neue deutsche Zukunft gebaut, in der das Wohl der Arbeiter mit Kopf und Hand der erste Grundbaustein ist.

Nicht der Wille des Königs, der Wille des Volkes ist fortan das höchste Gesetz! Wir grüßen die Morgenröte einer neuen Zeit!

Der Sieg des freien Volkes.

Wilhelm II. hat abgedankt. Bis zur Regelung der Regentschaftsfrage führt Prinz Max die Reichsgeschäfte. Eine solche Regelung wird nicht nötig sein. Die Dynastie der Hohenzollern hat aufgehört zu regieren, ebenso wie die der Wittelsbacher in Bayern und die der Welfen in Braunschweig. Die Wettiner und die anderen anderthalb Tugend Monarchen und Monarchinen werden ungeläutet folgen. Die große deutsche Republik wird sich konstituieren. Das freie Volk regiert sich selbst. Die Throne sind zertrümmert, die Volksherrschaft wird rein und unerfälscht verwirklicht.

Es ist heute nicht Zeit, den erledigten Ämtern und sonstigen Herrschern in Deutschland den Raum zu schreiben. Manchem von ihnen werden wir ein menschliches Wort für ehrliches Bemühen und noch rechtzeitige Einsicht nicht versagen. Ueber die meisten von ihnen wird die Geschichte ein sehr hartes Urteil fällen. Aber das soll uns heut nicht kümmern. Mögen die Toten ihre Toten beerben.

Wir jubeln dem freien Volksstaat zu, der nun Wirklichkeit geworden ist. Die Stärke der Sozialdemokratie bürt dafür, daß die Republik, wenn sie nicht sofort der vollen Sozialismus verwirklichen kann, doch im höchsten Sinne sozial gerichtet sein wird und mit aller Kraft für den sozialen Fortschritt arbeiten wird, dem sozialistischen Ideal als Endziel entgegen.

Wir würden uns selbst betrügen, wollten wir verschweigen, daß der Durchbruch des republikanischen Gedankens in Deutschland und die siegreiche revolutionäre Abschüttelung alter Herrschgewalten nicht möglich gewesen wäre ohne die deutsche Niederlage, ohne das deutliche Hervortreten der Ueberlegenheit der Feinde. Die große Mehrheit der Sozialdemokratie hat vom 4. August an ihre volle Kraft für die siegreiche Verteidigung Deutschlands eingesetzt. Ob das gut und richtig war oder ob es besser gewesen wäre, schon früher von der nationalen Verteidigungsfront abzuschwenken und die friedliche Revolution im Innern anzufangen, das ist heute eine überholte Streitfrage. Es genügt die Feststellung, daß es jedenfalls nicht die Schuld der Arbeiterklasse war, wenn Deutschland unterlag und sich schließlich gezwungen sah, um Frieden zu bitten, nämlich genommen zu kapitulieren. Nachdem aber die alte militaristische Herrschaft, nachdem das oberste Haupt der Partei des Eroberungskrieges selbst das Bekenntnis abgelegt hatte, daß der Krieg verloren sei und die einzige Rettung im schmerzlichen Friedensschluß liege, war die Zeit reif. Monarchen sind heute etwas Ueberholtes, etwas, was nicht in das 20. Jahrhundert paßt. Monarchen, die nach so ungeheuerlichen Opfern des ganzen Volkes einen Weltkrieg verlieren, müssen fort, ihr Thron ist unrettbar. Der ungeheueren Umschwung, der sich in den letzten Tagen vollzogen hat, diese gewaltige unwiderrufliche deutsche Revolution, hat sich fast ohne Blutvergießen, fast ohne Widerstand vollzogen. Alle Befürchtungen, daß die Mächte des Alten einen letzten gewaltigen Widerstand versuchen würden, sind hinfallen geworden. Mit elementarer Gewalt haben sich die Soldaten und Arbeitermassen auf die Seite der Sozialdemokratie geschlagen. Die deutsche Republik ruht fest verankert im Willen des deutschen Volkes, und kein Feind wird mehr ihren Bestand bedrohen.

Der christliche Gesamtverband hat noch am 30. Oktober einen Aufruf zur „Kaisertreue“ erlassen. Über die Anstrengung der christlichen Gewerkschaften hat nichts mehr gehört. Das Kaisertum ist abgetan, abgetan für immer. Die Christlichen werden sich auch mit dem Aushängeschild: „Nationale Gewerkschaften“ in Zukunft nicht mehr besonders anpreisen wollen.

Die neue deutsche Republik steht vor ungeheuren Aufgaben; sie muß den furchtbaren Weltkrieg liquidieren, sie muß dem alten Deutschland eine neue feste Ordnung geben, sie muß den Fortgang des sozialen Lebens ohne jede Unterbrechung oder Störung sichern, sie muß das soziale Leben in geordneten Bahnen erhalten. Die Sozialdemokratie wird imstande sein, diese ungeheuren Aufgabe zu bewältigen.

Mit ihrem starken Mut hat Deutschland sein Schicksal in neue Bahnen gerufen. Der ganze alte Münder ist fortgeräumt, die Bahn ist frei zu kräftigem Vorwärtsschreiten. Ungeheueres, noch vor wenigen Wochen Unvorstellbares, ist geschehen. Größeres bleibt zu vollbringen. Aber die Schwere der Aufgabe drückt uns nicht nieder, wir fühlen in uns die Kraft, sie zu bewältigen. Darum erfüllt uns heute stolze Freude über den gewaltigen Volkssieg. Aus dem Trümmerfeld und Blutmeer des Weltkrieges erhebt sich der freie deutsche Volksstaat und streckt verlangend seine Hände dem großen Völkerbunde der freien Nationen entgegen. Uns sicherer Mut und Alimernis befreit rufen wir jubelnd: Es lebe die soziale Republik! Es lebe das freie deutsche Volk! Es lebe der Bruderbund der freien Völker!

Die Entwicklung unserer Gewerkschaften.

Wiel besser, als man es beim Kriegsausbruch zu hoffen wagte, haben unsere Gewerkschaften diese letzten harten Jahre überstanden. Grau in grau war damals die Situation. So manchen beizogen Gewerkschaftler gab es, der schon das Totenglocken für unsere Organisationen läuten hörte. Und dabei konnte man diese durchaus nicht als Schwärzler schelten, denn bei den oftmals ganz unberechenbaren Maßnahmen der höheren Gewalten damaliger Richtung mußte man auf allerlei Ueberrückungen peinlichster Art gefaßt sein. Glücklicherweise kam es so ganz anders. Wohl hat die Arbeitslosigkeit in der Hauptstadt in der ersten Hälfte der Kriegszeit geradezu verheerend gewirkt, und durch die gewaltigen Einberufungen zum Heeresdienst war den die Bestände unserer Gewerkschaften stark gesunken. Doch bei der mit ruhiger Sicherheit verlaufenden Entwicklung unserer Industrie von der Friedens- zur Kriegszeit, hat keine so nicht ausbleiben, daß der erschlaffte gewerkschaftliche Leben zu neuer Tatkraft erweckt und der wider früher zu publizieren begann, was es im August 1914 durch den Tod der Umstände zum Aussehen gezwungen worden war.

So zeigt denn auch der Ueberblick über die Entwicklung unserer gewerkschaftlichen Organisationen im Jahre 1917, den die hiesige Beilage des Korrespondenzblatt der Gewerkschaften der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands in einem umfangreichen Tabellenwerk darstellt, was eine recht erhebliche Aufwärtsbewegung. Der nicht daran zweifeln, daß gerade die allerschwerste Zeit gegenwärtig, wie so bringend war, wenn die wohlgeleitete und gutbewachte Arbeiterorganisationen bei der Auslösung von der Kriegs- zur Friedensperiode hinüber zu gehen. So wird es an Berichten über die Arbeiterbewegung in den letzten Jahren gezeichnet haben der Lebensmittelpolitik einen um sehr viel höheren Abbau der „Kriegelohn“ entgegenzustellen. Warum? Ganz kurz kann da beschränkt, daß unsere Lebenshaltung in unserer Zeitverhältnisse nicht ausreicht ist. Deshalb erklärt es jeden mit besonderer Gemutung, daß die Mühseligkeit der ersten Kriegsjahre nunmehr schlagartig über den Rücken während der ersten Kriegsjahre nunmehr schlagartig überwinden hat, wie das Korrespondenzblatt im Jahre 1917. Den höchsten Ueberblick haben unsere Gewerkschaften Ende 1914. Seit dem 1. Juli 1915 (2. 1915) konnten sie sich bilden. Infolge der Einberufungen zum Heeresdienst und der Einstellung vieler industrieller Arbeiter kam diese Höhe von 1914 nicht zu Stande. Bis Ende 1914 der größte Bestand mit 900 000 Mitgliedern erreicht wurde. Dann begann der Rückgang wieder, so daß am Ende des Berichtsjahres

1 264 714 Mitglieder gezählt werden konnten. Bemerkenswert ist hierbei, daß auch im laufenden Jahre der Zugang anhaltend ist; Ende Juni zählten wir 1 369 799 Mitglieder.

Und würden hierzu die vielen Hunderttausende gezählt, die aus unseren Reihen herausgerufen jetzt Wehrdienst leisten müssen, dann würde sich zeigen, daß die Mitgliederzahlen der freien Verbände heute um einige Hunderttausende größer sind als zu ihrem höchsten Stand in der Vorkriegszeit. Wohl ist richtig, daß diese dann, wenn „das Ganze halt“ gebrochen ist und jeder sein Gewehr beiseite legen kann, in unsere Reihen zurück, soweit nicht der frühere Reize in fremder Erde liegt, was sterblich an ihnen war. Diese Hoffnung auf die Treue der zum Wehrdienst einberufenen Mitglieder ist begründet einmal darin, daß viele von ihnen auch während des Krieges in enger Verbindung mit ihren Gewerkschaften blieben, zum andern darin, daß bei der Demobilisierung und bei der Unterbringung der Heeresangehörigen in entsprechende Arbeitsstellen sowie auch bei der Durchführung der Uebergangsmassnahmen und den dabei unentbehrlichen Fürsorgemaßnahmen unsere gewerkschaftlichen Einrichtungen sich als unbedingt notwendig erwiesen werden. Deshalb betont das Korrespondenzblatt mit vollem Recht, daß der Drang nach Zusammenrücken nach dem Kriege nicht schwächer, sondern eher stärker hervorgerufen wird, besonders bei dem um ihre Lebenshaltung kämpfenden Arbeiterstand.

Einigen Schritt mit der Entwicklung der Mitgliederzahl hat die materielle Wehrtauglichkeit gebildet. Die Gesamtsumme der Gewerkschaften betrug mehr als 34 Millionen Mark, die Ausgaben 28 1/2 Millionen Mark. Sämtliche Organisationen, mit Ausnahme des Metallarbeiterverbandes, verfügten über ein Vermögen von fast 71 Millionen Mark. Der Metallarbeiterverband lehnte die Angabe seines Vermögensverhältnisses aus tatsächlichen Gründen ab. Der größte Teil der Einnahmen unserer Verbände fließt aus den regulären Beiträgen. Die anfallende Gewerkschaftsarbeit mußte von noch nicht der Hälfte der Angehörigen der Vorkriegszeit bewältigt werden. Damals waren 267 Angestellte vorhanden, am Schlusse des Jahres waren es nur 137. Der restliche Teil hand hat vollzählig im Heeresdienst. In erster Linie hatten die Verwaltungen hierunter zu leiden, denen von 1916 Angestellte nur 763 verblieben. In den Hauptverwaltungen ging die Zahl der Angestellten von 407 auf 263 zurück, in den Gauverwaltungen von 429 auf 294 und in den Redaktionen der Gewerkschaftsblätter von 75 auf 51.

Alles in allem zeigt die umfangreiche Statistik im Korrespondenzblatt, daß sich unsere Gewerkschaftsbewegung in einer bemerkenswerten Wiederherstellung befindet, eine allerdings recht notwendige Erziehung im Angesichte eines bevorstehenden Krieges, das so ganz anders ausfallen wird, als man dem deutschen Volk immer vorgegeben hat. Deutschland ist und bleibt zwar das Land der geregelten Organisationen. Der deutsche Ordnungssinn, der seinen Ausdruck in den vielfältigsten Organisationsformen findet, wird auch im künftigen Durchbruch gar nicht wieder das Gute vom Schlechten trennen haben und allen Einrichtungen, die da beruhen sind, zu ihrem Teile die Schranken der letzten Jahre durch umfassende Kulturarbeit überwinden zu helfen, freie Bahn zu ungehindertem Fortschritt geben. Daß hierbei unsere Gewerkschaften mit an erster Stelle stehen werden, ist eine Tatsache, die in ihrem Wesen und in ihrer ganzen Vergangenheit begründet ist.

Die Feldgrauen haben gesprochen.

Vier Jahre lang hat sich jede Richtung und jede Partei schon fast formelmäßig auf die Feldgrauen berufen: warte nur, wenn mein großer Bruder aus dem Felde zurückkommt! Im Namen der Feldgrauen hat man den eroberungsfürigen Anreizismus wie den kolonialistischen Imperialismus gerechtfertigt. Geradezu gottlästerlich oft hat man den Namen der Feldgrauen unnuß im Munde geführt — nur die Soldaten selbst durften nicht reden. Jetzt haben sie gesprochen. Am Sonntag in der Versammlung im Circus Putsch zu Berlin haben die Soldatenräte hauptsächlich durch den Mund von Bruno Kellner und durch die Zustimmung einer überwältigenden Mehrheit der Kameraden gesagt, was sie wirklich wollten: Keine Erbkämpfe innerhalb der Arbeiterklasse, keine Rechtsaberei, kein gegenseitiges Sichherunterreißen, keine Verhöhnung und keinen Mißachtungszettel, sondern einmütiges Zusammenrücken aller Kämpfer für die neue Volksgemeinschaft, damit möglichst bald der Friede geschlossen ist, die Ordnung verbürgt bleibt und vernünftige soziale Verhältnisse wiederhergestellt werden können. Friede, Freiheit, Brot — das sind die Gedanken, welche Soldatenräte und Arbeiterklasse beherzigen. Zum Frieden brauchen wir eine feste Regierung, welche sich auf die Zustimmung des frei wählenden Volkes stützt. Zur Freiheit brauchen wir eine ehrliche Demokratie, die niemanden ausschließt und niemanden bergewaltigt. Brot erhalten wir nicht durch Raub, sondern nur durch geordnete Arbeit, nicht durch sozial-revolutionäre Versuche, mit einem Schlag die ganze Wirtschaft auf den Kopf zu stellen, sondern durch ruhiges Weiterarbeiten und allmähliche Veränderung des sozialen Körpers. So haben die Feldgrauen gesprochen und ihr Wort soll gelten.

Zur 4. Steuerungszulage.

Die Firma Holzner in Brunnmühl (Oberbayern) hat seit dem 19. Oktober wieder 8 M. an Steuerungszulage pro Woche angeleant. Die Affordarbeiter erhalten somit pro Woche 18 M., die Tagelohnarbeiter 16 M. Zulage. Recht auffällig ist, daß immer noch der Unterschied zwischen Afford- und Tagelohnarbeitern gemacht wird.

Koite d. Die Zulage für die Steinmetzen und Schleiher wurde pro Woche um 6 M., für die Zugschneider um 9 M. erhöht. Die Steinmetzen und Schleiher sind sehr unzufrieden, daß sie nicht mehr erzielen konnten.

Arbeitslosenversicherung und Demobilisation in der Vorstandskonferenz.

Am 1. November trat in Berlin eine Konferenz der Vertreter der Gewerkschaften, über die nach dem Korrespondenzblatt das Folgende zu berichten ist:

Über die politische Regelung der Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenversicherung während des Krieges. Er beruhte, daß die Gewerkschaften sich mit den übrigen Verbänden der Gewerkschaften und Arbeiterverbände über einige Überlegungen der früher beschlossenen gemeinsamen Forderungen verständigt hätte. Die Überlegung betrafte vornehmlich die Lösung der Arbeitslosenversicherung. Die Gewerkschaften sind der Meinung, daß die Schaffung eines Arbeitslosenversicherungsfonds, die Anerkennung einer Arbeitslosenversicherung der Arbeiter und die Regelung der Höhe der Arbeitslosenversicherung in der Gewerkschaftsordnung der Gewerkschaften.

Es wäre demnach vornehmlich die Gewerkschaften zu unterstützen. Die Gewerkschaften sind der Meinung, daß die Gewerkschaften sich mit den übrigen Verbänden der Gewerkschaften und Arbeiterverbände über einige Überlegungen der früher beschlossenen gemeinsamen Forderungen verständigt hätte. Die Überlegung betrafte vornehmlich die Lösung der Arbeitslosenversicherung. Die Gewerkschaften sind der Meinung, daß die Schaffung eines Arbeitslosenversicherungsfonds, die Anerkennung einer Arbeitslosenversicherung der Arbeiter und die Regelung der Höhe der Arbeitslosenversicherung in der Gewerkschaftsordnung der Gewerkschaften.

wirtschaft unmittelbar von Organisation zu Organisation zu regeln. Die Generalkommission wurde daher zu weiteren Verhandlungen und Schritten in dieser Angelegenheit ermächtigt.

Zur Papiergeldknappheit.

Aus allen Teilen des Reiches wird geklagt, daß es an Papiergeld mangelt. Anscheinend halten die Kapitalisten daselbst zurück, mit anderen Worten, die besitzenden Klassen hamstern mit dem Papiergelder.

Infolge der Knappheit von Geldumlaufmitteln hat der neue Bundesrat beschlossen, daß die am 2. Januar 1919 fällig werdenden Zinscheine der fünfprozentigen Reichskriegsanleihe als „gesetzliche Zahlungsmittel“ gelten sollen. Die Ungewohntheit dieses Zahlungsmittels hat wohl mit Veranlassung gegeben, daß bei Auszahlung von Löhnen die Arbeiter vereinzelt die Zinscheine zurückgewiesen haben. Es sei deshalb ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die als Zahlungsmittel erklärten Zinscheine gleichwertig und gleichberechtigt sind mit allen anderen anerkannten Zahlungsmitteln, besonders mit dem Papiergeld. Sie müssen zu dem auf den Scheinen aufgedruckten Betrage nicht nur von allen öffentlichen Kassen, sondern auch im privaten Verkehr als Zahlungsmittel angenommen werden. Sie sind besonders fernerlich durch einen grünen Unterdruck und durch ein deutliches lateinisches „A“ in der rechten Ecke, sowie durch den Vermerk: „Halbjährige Zinsen zahlbar am 2. Januar 1919 mit 2 Mark 50 Pf.“ oder 5 Mark, 12 Mark 50 Pf., 25 Mark, 50 Mark, 125 Mark, 250 Mark, 500 Mark. Die oberste Reihe des Aufdruckes lautet bei allen diesen Zinscheinen: „Proz. Anleihe des Deutschen Reiches von 1915“ oder 1916, 1917, 1918. Ebenso tritt keine Entwertung der Zinscheine ein. Entsprechend dem die Fälligkeit bezeichnenden Aufdruck werden sie vom 2. Januar 1919 ab gegen andere gesetzliche Zahlungsmittel eingelöst. Bis dahin sind sie, wie bemerkt, selbst gesetzliche Zahlungsmittel. Die Arbeiter erfahren also nach keiner Richtung hin eine Schädigung, wenn sie diese Zinscheine in Zahlung nehmen.

Im übrigen ist es völlig verfehlt, mit dem Papiergeld zurückzuhalten. Wenn es zu einem Zusammenbruch käme, dann würde den Besitzern auch das Papiergeld nicht mehr nützen, als wie ein gewöhnlicher Bankausweis.

In den größeren Zahlstellen sind Arbeitsvermittlungstellen eingeführt.

Die aus dem Heeresdienst entlassenen Kollegen haben sich dieser Neueinrichtung zu bedienen. Arbeit ist nur dort zu nehmen, wo die ordnungsgemäßen Teuerungszulagen bezahlt werden. Firmen, die etwa Lohnkürzungen beabsichtigen, sind unverzüglich der Verbandsleitung bekanntzugeben.

Korrespondenzen.

Söban-Opocz. Am 3. November tagte in Dörings Gasthof zu Beiersdorf eine gemeinsame Versammlung unserer Zahlstelle. Der Vertrauensmann, Kollege Mehrfort, erstattete den Bericht über den Verbandstag zu Leipzig. In klaren Ausführungen schilderte er die Arbeiten, Beratungen und Beschlüsse des Verbandstages. Wegen Raummangels kann hier nicht auf Einzelheiten eingegangen werden; das Wichtigste haben die Kollegen bereits im „Steinmetzen“ gelesen, gleichzeitig wird hier auf die in nächster Zeit erscheinenden Protokolle verwiesen. Dieselben enthalten auch die Stenogramme über die Resolution (Handspeltill, Steinmetzen) der Kollegen Staudinger und Starke. Die beifällig angenommene Berichtserstattung bewies, daß die Kollegen mit den Verbandstagsbeschlüssen einverstanden sind. Hierauf erfolgte die Befragung des Verhandlungsergebnisses betreffs der Teuerungszulagen-Angelegenheit mit dem Arbeitgeberverbande. Mit Bedauern nahm die Steinmetzenerschaft Kenntnis von dem völlig ungenügenden Zugeständnis von 10 Prozent. Die oiten, zur Genüge bekannten Ausflüchte, welche bei jeder Gelegenheit von feilen unfrüher Arbeitgeber gemacht werden, können uns von den berechtigten Forderungen nicht abhalten nehmen lassen. Die Steinmetzenerschaft der Oberlausitz muß infolge des auf ihr so schwer lastenden Druckes der Zeit die gestellte Forderung eines Zuschlages von 30 Prozent und die Stundenlohnkürzung aufrechterhalten. Vom Zentralvorstand sind bereits energische Schritte unternommen worden, im Fichtelgebirge und Oberwald Abänderung zu schaffen. Alle weiteren Schritte in dieser Angelegenheit bleiben, gemäß des Willens der Kollegenschaft, der Verweilung vorbehalten. Bei Punkt Verschiedenes wurde von feilen einigen Kollegen auf Mängel und Mißstände in den Betrieben hingewiesen. Der Vertrauensmann versprach, in Kürze den Uebelständen durch sein Eingreifen abzuhelfen.

Rundschau.

Die Granitarbeiter des Heppenheimers Bezirks wurden als Schwerarbeiter anerkannt.

Aus dem Fichtelgebirge schreibt man uns: Von dem im Frühjahr durch die einschlägigen Reichsbehörden zugelassenen schwedischen schwarzen Granit sind die hiesigen Steinmetzen sehr wenig erbaut. Dieses Material ist so hart und spröde, daß das Werkzeug nicht mehr widerstandsfähig genug ist. Dieser Stein läßt sich so schlecht bearbeiten, daß trotz bester Fertigkeit der Steinmetz immer wieder nachfahren muß. Dadurch kommt der Steinmetz nicht mehr auf seine Rechnung, und es wäre angebracht, daß die Herren Unternehmer durch höhere Preise einen Ausgleich schaffen. In mehreren Orten wird dieses Material nur im Tagelohn verarbeitet, und zwar pro Stunde mit 2.10 M. Aus diesen Löhnen geht hervor, daß auch die Fichtelgebirgsunternehmer höhere Preise zahlen können.

Allgemein erhöhte Mehlration. Berlin, 8. November. In Verfolg der getriggen Erklärung des Kriegsernährungsamts gibt die Reichsgerechtsstelle bekannt, daß vom 1. Dezember dieses Jahres an die tägliche Mehlration allgemein um 40 Gramm erhöht wird. Den Schwer- und Schwerstarbenden wird diese Erhöhung auf ihre Zulagen angerechnet. Die erhöhte Verbesserung auch für sie liegt in der Erhöhung der Brotmenge für ihre Familienmitglieder. Die Steinmetzen, welche als Schwerarbeiter anerkannt sind, mögen Vorbehalten beachten.

Schiedspruch im Schneidergewerbe. In der neuen Lohnbewegung der Schneider wurde folgender Schiedspruch gefällt: Unter Anrechnung der bisher gezahlten Teuerungszulagen wird eine Gesamtzulage von 90 Prozent zum Lohn für alle Orte gewährt, die von Montag, dem 18. November, an bezahlt wird. Die Arbeitszeit wird zum gleichen Tage an auf 9 Stunden festgelegt. Die Zeitlohnarbeiter (Tagelöhner) erhalten den, wo sie bisher 10 1/2 Stunden arbeiteten, für die Arbeitszeiterhöhung eine Lohnkürzung von 12 1/2 Prozent, wo sie 10 Stunden arbeiteten, eine Kürzung von 10 Prozent, wo sie 9 1/2 Stunden arbeiteten, eine Kürzung von 5 Prozent. Die übrigen Forderungen der Arbeiterorganisationen, die sich auf die Höhe der Heimarbeiter und deren Materialaufwand bezogen, wurden abgelehnt.

Erfolg von erfindungsreichen Altpapier. Das in unseren Großstädten am meisten verwendete Jahrbuchmaterial ist der Stamplappat. Zu seiner Herstellung wird der mit Erbsen (Kümmen) durchsetzte Kalkstein (Schwarzer Kalk) verwendet, der in Deutschland nur an wenigen Stellen, im Glatz, Hannover und Braunschweig, vorkommt. Die Lagerstätten, von denen Deutschland vorwiegend seinen Bedarf an Kalkstein bezieht, liegen im feindlichen Gebiet und im Tal des Zwiers im Kanton Genéve. Die Kalkstein Altpapier Company in London beutet sie aus. Sei dem hohen Bedarf an natürlichem Altpapier ist das Bestreben, sich vom Ausland unabhängig zu machen, von jeher sehr rege gewesen. Aber bisher hat alle Versuche, ein dem natürlichem Altpapier an Güte gleichwertiges künstliches Altpapiermaterial herzustellen, erfolglos gewesen. Der Krieg hat die Bestrebungen nun aber neu belebt. Im September

1908 ist ein deutsches Reichspatent Nr. 307 961 herausgegeben, das Dr. Richard Blum in Berlin-Grünwald ein Verfahren zur Herstellung von künstlichem Altpapier aus bituminösen Erzen, insbesondere Uranerzen (Uranerde) schützte, die in Deutschland reichlich vorkommen. Versuche haben ergeben, daß dieses Material, auch mit Rücksicht auf seinen hohen Schwefelgehalt, ähnliche Eigenschaften wie der natürliche Altpapier besitzt. Sollte sich die Erfindung bewähren, so dürfte sie vom nationalwirtschaftlichen Standpunkt aus von weittragender Bedeutung sein.

Eine Revolution ist eine Explosion der organischen Kraft, eine Evolution der Gesellschaft von innen nach außen. Sie ist nur legitim, sobald sie natürlich, friedlich und historisch begründet ist. Es ist dieselbe Tyrannei, sie zu unterdrücken, wie sie mit Gewalt zu machen. Brouhön.

Der Teufel hat die Welt verlassen, weil er weiß, die Menschen machen selbst die Hölle einander heiß. Rückert.

Vorstandsbesanntmachung.

Zum 1. Januar 1919 treten die erhöhten Beiträge in Kraft. Die Zahlstellenerwartungen haben dafür zu sorgen, daß bis dahin alle rückständigen Beiträge beglichen sind. Vom Beginn des neuen Jahres ab dürfen nur neue Marken verkauft werden; Beitragsrückstände können nach dem Jahreswechsel nur mit den erhöhten Beiträgen beglichen werden. Also Bücher in Ordnung bringen, damit für die Mitglieder keine Unannehmlichkeiten entstehen.

Die Kassierer haben am Jahreschluß sämtliche alten Markenstände an die Hauptverwaltung einzusenden, desgleichen in gleicher Weise abzurechnen. Rückstände werden ab das neue Jahr nicht mit übernommen. Neues Markenmaterial wird nur dann verkauft, wenn die Zahlstellen mit der Hauptverwaltung vollkommen abgerechnet haben.

Allgemeine Besanntmachung.

Erfurt. Ersuche alle Zahlstellen Thüringens, mir die Adressen der in ihrem Bereich bekannten Firmen mitzuteilen, ferner haben sich alle vom Militär entlassenen Kollegen zwecks Arbeitsvermittlung bei heiligem Arbeitsnachweis zu melden, um unnützer Arbeitslosigkeit vorzubeugen. Klein auf, Bevollmächtigter, Radowitzer Str. 42 II.

Briefkasten.

Regiment 18. Gewiß, die betreffende Summe kommt pro Jahr in Betracht. Der Staat „forcht“ eben nach allen Quellen. B. Or. — C. F. I. Natürlich kann Du Rentenansprüche geltend machen. Nur die monatliche Kriegszulage kommt nicht in Frage. — Nordlagen. Wurde erledigt. — F. Darüber sind wir nicht informiert. — R. in B. Nur einige Wochen Geduld; zur Zeit wäre eine Eingabe völlig zwecklos. — F. in N. Das Nähere findest Du in der heutigen Vorstandsbesanntmachung. Beitragsrückstände können nach Eintritt des Jahres 1919 nur mit den neuen Beitragsmarken beglichen werden. — Consp. Wir teilen diese Bedenken nicht. Was der einzelne Unternehmer will, ist nicht ausschlaggebend, sondern darauf kommt es an, ob sich jene Tendenz durchsetzen könnte. Wir sagen, das ist ausgeschlossen.

Adressenänderung.

Beauf. Vorf. und Kass.: Alois Kaufmann, Kleinfeldberg 19e.

Anzeigen

2 Granit-Steinmetzen bei gutem Lohn und dauernder Beschäftigung sofort gesucht. **Granitwert Hermann Röhl & Co., Wolgast i. Pom.**

1 bis 2 tüchtige Steinmetzen, auch Kriegsinvalide, für dauernd gesucht. **Steinmetzgeschäft Heinrich Postenrieder in Mering b. Augsburg.**

Tüchtige Steinmetzen, auch Kriegsbeschädigte, auf Kalksteinarbeiten werden für dauernde Arbeit gesucht. **Muschelkalksteinwerke Niggel & Hesse, Geroldshausen bei Würzburg.**

Steinmetzen stellen ein: **C. Frommherz Müller Nachf., Dresden-A., Hamburgerstr. 33 b** **C. F. Förster, Steinmetzbetriebe, Herrenleithe b. Lohmen**

Im Felde gefallen

Sind nachstehende Kollegen:
Andreas Schuster, 31 Jahre alt, aus der Zahlstelle Bilgramsenth.
Adolf Vogt, 39 J. alt, aus der Zahlst. Hainisch (Sächs.).
Ehre ihrem Andenken!
(Wir erlauben die Vertrauensleute, daß auch bei der Meldung über die im Felde Gefallenen das Todesanzeugensformular ausgefüllt wird.)

Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingelangt werden.)
In Dresden am 22. Oktober der Sandsteinmetz **Willibald Drechsler, 35 Jahre alt, an Lungenkatarrh.**
In Magdeburg am 26. Oktober der Sandsteinmetz **August Degen, 46 Jahre alt, an Lungenbluten.**
In Steinach am 28. Oktober der Größelmacher **Gottlob Greiner, 47 Jahre alt, an Lungenkrankheit.**
In Berlin am 28. Oktober der Sandsteinmetz **Caspar Helm, 57 Jahre alt, verunglückt.**
In Dessau am 30. Oktober der Sandsteinmetz **Leopold Günther, 34 Jahre alt, an Lungenleiden.**
In Striegan am 4. November der Granitbrecher **Hermann Leder, 48 Jahre alt, an Herzleiden.**
In Bernad am 6. November der Granitsteinmetz **Fritz Strelmann, 56 Jahre alt, an Grippe.**
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: Alois Staudinger, Verlag von Paul Starke, beide in Leipzig.
Rotationsdruck der „Freien Presse“ Leipzig, Königstraße 5.